

Antrag Nr. 10-F-25-0009
CDU; Grüne, FDP

Betreff:

SGB II-Umsetzung aus gleichstellungspolitischer Sicht
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP vom 27.01.2010

Antragstext:

Frauen werden bei der Jobvermittlung benachteiligt und profitieren seltener von Förderprogrammen als Männer. Das belegt eine Studie eines Forschungsverbunds unter Leitung des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) und weiterer Einrichtungen im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums. Das IAQ schreibt „Insbesondere Frauen in Westdeutschland und Frauen mit Kindern nehmen im Vergleich zu Männern seltener an Fördermaßnahmen teil. [...] Wie die Studie zeigt, ist jede zweite Beschäftigung, die von weiblichen Hilfebedürftigen aufgenommen wird, lediglich ein Minijob. Demgegenüber wechseln Männer häufig in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Insgesamt werden Männer sowohl stärker gefördert als auch gefordert.“

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, inwiefern die Gleichstellungspolitik, welche u.a. in Art. 3 Abs. 2 GG und § 1 Abs.1 S. 3 SGB II vorgesehen ist, in den Prozessen und Abläufen der Wiesbadener SGB II-Umsetzung berücksichtigt wird.

Wiesbaden, 27.01.2010

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender

Tilli-Charlotte Reinhardt
Fraktionsvorsitzende

Annegret Kracht
Frauenpolitische Sprecherin

Thomas Kroppen
Fraktionsgeschäftsführer

Carola Pahl
Fraktionsgeschäftsführerin

Ann-Kathrin Weber
Fraktionsassistentin